

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst abzugeben, sondern sich möglichst an irgend eine unveränderte Adreßliste außerhalb Deutschlands und Österreichs wenden, welche sich dann mit und in Verbindung setzt; anderseits aber, da auch ein möglichst unerschöpflicher Zustellungsbedarf mitgeteilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich deshalb größter Eile der Bestimmung. Soviel an und liegt, werden wir gerne wieder Rücksicht auf Kosten nehmen, um trotz aller ungewöhnlichen Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unter Abnahme möglichst regelmäßig zu liefern.

Freunde und Genossen!

Die Stichwahlen sind glorreich für unsere Partei verlaufen, nunmehr gilt es, auch bei den Nachwahlen unsern Mann zu stellen. In Mainz handelt es sich jetzt darum, an Stelle Liebhuchts, der für Offenbach antreten mußte, unseren bewährten, kelo schlagfertigen August Webel in den Reichstag zu bringen. Die Gegner werden Kiesenanstrengungen machen, uns diesen Wahlkreis wieder zu entreißen.

Die Mittel unserer dortigen Freunde sind erschöpft, ohne Geldmittel aber ist unter den heutigen Umständen, und gerade im Mainzer Wahlkreise ein Wahlkampf für uns nicht möglich.

Darum, Genossen und Freunde, ergelbt an Euch der dringende Mahnruf: Sammelt Geldmittel für Mainz! Lasset unsere Mainzer Genossen, die sich bei der Haupt- und Stichwahl so wacker gehalten, nicht im Stich!

Ohne ein Jeder, was in seinen Kräften steht, und doppelt gibt, wer schnell gibt.

Und nun noch einmal: Auf für Matny!

Achtung! Achtung!

Da viele auswärtige Besteller, besonders in Deutschland, sowie in Oesterreich, ihre Briefe immer wieder ungenügend frankiren, wodurch uns erhebliche Verluste durch Straßporti entstehen, so bemerken wir hiemit wiederholt:

Einfache Briefe (bis zu 15 Gramm) nach der Schweiz;
loßen:

aus Deutschland (und dem übrigen Auslande)	20 Pfg.
aus Oesterreich-Ungarn	10 Str.
Bei schwereren Briefen kosten immer je 15 Gramm weitere 20 Pfg., bezw.	10 Str.

Die Genossen wollen hierauf in Zukunft um so mehr achten, als wir ungenügend frankirten Sendungen in der Regel die Annahme verweigern müssen.

Die Expedition des „Sozialdemokrat“.

Quittung.

Rein-Ertrag der Messe von Frühlings- und Bierfest nach den Vereinigten Staaten 12,000 Mk. Davon wurden 2000 für den Unterstützungsfond verwendet, 2000 für unvorhergesehene Fälle reserviert, 8000 für die Wahlen verwendet.

Fonds zur Unterstützung
der Opfer des Sozialistengesetzes.

Vom 1. Oktober bis zum 15. November gingen ein:

R. Milde in Buenos-Ayres (Fr. 18,—) M. 14,40. N. in Ugenborf (Fr. 2,—) 1,60. C. u. R. (Fr. 1,45) 1,16. Gen. Tour v. einer Regelpartie Fr. 1,10; Zm. —45) 1,24. Gen. i. Winterthur (Fr. 17,—) 13,60. Konjanz für 3 Eiter geräumtes Beschließfreibier —75. Sen den Thoburg-Verleger Gen. i. St. Louis (Mär. 10,—) 41,44. C. Ph. R. in R. (Fr. 1,—) —80. M. B. Brighton (Pfd. St. — 5,—) 5,—. Lawrence, gel. v. neuem Gen. d. Karl Rodel (Mär. 2,—) 8,—. W. Leipzig 6,—. S. Dejan 5,—. Gotha 20,—. Müllen St. Jakob 4,20. Ludwigs-hafen 12,—. S. H. Leipzig 16,98. Frankfurt a. M. 20,—. J. Leipzig 2,—. Deutschsch 11,60. Kom. Arb.-B. Verein London 61,20. Dep. Frankfurt a. M. 15,—. Wien (5 fl.) 8,50. Bremen 100,—. Frankfurt a. Od. 15. S. H. Leipzig 15,66. F. J. Leipzig 3,—. C. M. Leipzig 15,—. P. Dresden 40,—. H. Gotha 3,—. L. Burzen 2,—. B. Dresden 100,—. Sch. Leipzig aus Westpreußen 250,—. F. Leipzig 44,—. H. u. R. Dresden 8,—. B. Dresden 10,—. C. M. Chemnitz 5,—. Osanabr 79,50. Ralf bei Köln 36,88. Deutsche in Genf 150,20. F. Leipzig 6,—.

Die bei Herrn S. Vastofen in Wittweida im Monat Juli mit Beschlag belegten Gelder sind freigegeben und bestehen aus folgenden Sendungen: Münzen 80,—, Münzen: Druff 10,—, Walzenburg in Schl. 8,50, 3. L. in R. 3,—, Posen 25,30, Erfurt: die Zahne hoch 25,—, Genf société allemande 20,—, Neumarkt in Schl. 6,—, Mühlbauer Gen. 2,40. Der in voriger Nummer angeführte Posten aus R. u. n. bet. 9,70 war für den Waffensatz bestimmt.

Zusammen	RM. 1335. 01
Giezu	„ 2000. —
	<u>RM. 3335. 01</u>

Allgemeiner Wahlfonds.

5000 Mtl. von einem Ungenannten. M. u. E. in London 10 Pfd. und Prof. Sch. in Rastdorf 4 Pfd. 12 Sch. in Summa Mtl. 296,30. Eöln 372 Mtl. Jena 100 Mtl. Leipzig sieben Männer-Wahl 40,40 Mtl. Augsburg 200 Mtl. Gen. in Serviers (Fr. 3, —) Mtl. 2,40. Wandsbeker Klub in New-York 2. Engels Pl. St. 1. 7. 9.) 28,—. Sauerkraut 16,—. E. 5. 3. (Fr. 10,—) 8,—. Deutsche Ges. Zürich d. u. H. (Fr. 97,90) 78,32. Gen. i. Winterthur (deutsche Soc. u. deutscher Ver.) Fr. 17,—. M. Fr. 5,— = Fr. 22,—) 17,60. B. Catilina gef. (Fr. 15,) 12,—. K. Os. Zürich (Fr. 50) 40,—. Gef. im deutschen Fr. Genf (Fr. 9,50) 7,60. 3. Spl. Ent. (Fr. 2,—) 1,60. Durch H. Fr. Dr. St. (Fr. 5,—) ; Fr. R. Alm. St. G. Fr. 10,—; H. 3. Fr. 10; K. 2. Fr. 5,—; Schn. Fr. 1,—; H. E. Fr. 1,—; B. Fr. 1,—; Bg. Fr. —50; D. 2. Fr. 1,—; Grafel Fr. 2,—; K. Fr. 1,—; Sch. Bern Fr. 3,—; C. Th. St. Fr. 1,—; E. 5. E. Fr. —25; 5. 5. Pl. u. Gen. Fr. 20,— = 59,75) 45,40. Rom. u. B. S. London (Pfd. St. —, 16, 6) 16,56. A. G. Rgn. 30,—.

Flugschriften-Fonds.

Genossen in Genf (Fr. 14,—) Rtl. 11.20. G. v. London 5,—. Gen.
i. Kopenhagen 1.20. A. B. Brighton (Pfd. St. —3,—) 3,—.
Zusammen Rtl. 20. 40

Matitandfunds.

Re. 512 Re. —, 80. Serlow 2,—. Buf. Re. 2. 80

Eine kaiserliche Botschaft und eine sozialdemokratische Antwort.

An demselben Tage, an welchem der deutsche Kaiser dem neu-
gewählten Reichstag durch seinen Reichskanzler in einer Botschaft
sein „allerhöchstes Einverständnis“ mit der sogenannten Sozial-
reform des Letzteren verkünden ließ, machte durch die deutsche
Presse eine Erklärung unserer Genossen Bebel und Liebk-
necht die Runde, welche mit Recht als die Antwort der
Sozialdemokratie auf die kaiserlichen Ausführungen betrachtet
werden kann. Aus diesem Grunde halten wir es für zweck-
mäßig, beide Erklärungen an hervorragender Stelle im Parti-
organ abzu drucken.

In der kaiserlichen Botschaft heißt es:

„Schon im Februar dieses Jahres haben Wir unsere Ueberzeugung aussprechen lassen, daß die Heilung der sozialen Schäden nicht ausschließlich im Wege der Repression sozial-demokratischer Ausschreitungen, sondern gleichmäßig auf dem der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter zu suchen sein werde. Wir halten es für unsere kaiserliche Pflicht, dem Reichstage diese Aufgabe von neuem an's Herz zu legen und werden Wir mit um so größerer Befriedigung auf alle Erfolge, mit denen Gott unsere Regierung sichtlich gesegnet hat, zurückschauen, wenn es uns gelänge, dereinst das Bewußtsein mitzunehmen, dem Vaterlande eine neue und dauernde Bürgschaft seines inneren Friedens und den Hilfsbedürftigen größere Sicherheit und Ertragskraft des Reichthums, auf den sie Anspruch haben, zu hinterlassen. In unseren darauf gerichteten Bestrebungen sind Wir der Zustimmung aller verbündeten Regierungen gewiß und vertrauen auf die Unterstützung des Reichstages ohne Unterschied der Parteistellungen.“

In diesem Sinne wird zunächst der von den verbündeten Regierungen in der vorigen Session vorgelegte Entwurf eines Gesetzes über die Versicherung der Arbeiter gegen Betriebsunfälle mit Rücksicht auf die im Reichstag stattgehabten Verhandlungen über denselben einer Umarbeitung unterzogen, um die erneute Beratung desselben vorzubereiten. Ergänzend wird ihm eine Vorlage zur Seite treten, welche sich eine gleichmäßige Organisation des gewerblichen Krankenkassenwesens zur Aufgabe stellt. Aber auch diejenigen, welche durch Alter oder Invaliddität erwerbsunfähig werden haben der Gesamtheit gegenüber einen begründeten Anspruch auf ein höheres Maß staatlicher Fürsorge als ihnen bisher zuzutheilen werden können.

Für diese Fühlorgane die rechten Mittel und Wege zu finden, ist eine schwierige, aber auch eine der höchsten Aufgaben jedes Gemeinlebens, welches auf den sittlichen Fundamenten des christlichen Volksebens steht. Der engere Anschluß an die realen Kräfte dieses Volksebens und das Zusammenfließen der letzteren in der Form korporativer Gemeinschaften unter staatlichem Schutz und staatlicher

Förderung werden, wie Wir hoffen, die Lösung auch von Aufgaben möglich machen, denen die Staatsgewalt allein in gleichem Umfange nicht gewachsen sein würde. Immerhin aber wird auch auf diesem Wege das Ziel nicht ohne die Anwendung erheblicher Mittel zu erreichen sein.“ —

„Auch die weitere Durchführung der in den letzten Jahren begonnenen Steuerreform weist auf die Eröffnung ergiebiger Einnahmequellen durch indirekte Reichsteuern hin, um die Regierungen in den Stand zu setzen, dafür drückende direkte Landessteuern abzuschaffen und die Gemeinden von Armen- und Schullasten, von Zuschlägen zu Grund- und Personalssteuern und von anderen drückenden direkten Abgaben zu entlasten. Der sicherste Weg hierzu liegt nach den in benachbarten Ländern gemachten Erfahrungen in der Einführung des Tabakmonopols, über welches Wir die Entscheidung der gesetzgebenden Körper des Reiches herbei zu führen beabsichtigen. Hierdurch und demnächst durch Wiederholung früherer Anträge auf stärkere Besteuerung der Getränke sollen nicht finanzielle Ueberschüsse erzielt werden, sondern die Umwandlung der bestehenden direkten Staats- und Gemeindefasten in weniger drückende indirekte Reichsteuern. Diese Vorfahrungen sind nicht nur von fatalistischen, sondern auch von reaktionären Hintergedanken frei; ihre Wirkung auf politischem Gebiete wird allein die sein, daß wir kommenden Generationen das neu entstandene Reich gesegnet durch gemeinsame und ergiebige Finanzen hinterlassen.“

Die Erklärung unserer Genossen aber lautet:

„Die Mittheilungen des „Reichsboten“ in Bezug auf die Unterhandlungen, welche anlässlich der Stichwahlen im vierten und sechsten Berliner Wahlkreis zwischen den Führern der Konservationen und Sozialreformen (den Herren Prof. Wagner, Hofprediger Stöcker, Diefelkamp u.) einerseits und Angehörigen der sozialdemokratischen Partei andererseits stattgefunden haben, veranlassen uns in folgender Darlegung:

Donnerstag Mittag den 10. November erschienen hier in Dresden zwei unserer Berliner Parteigenossen und theilten uns mit, daß zwischen ihnen und den Führern der Konserverativen und Sozialreformer Unterhandlungen wegen der bevorstehenden engeren Wahlen in Berlin stattgefunden und in folgendem Resultat geäußert hätten:

Sie, die Unterzeichnenden nebst Gemeindevorsteher, fügen folgende Erklärung unterschreiben:

„Wir erklären:

1. Daß wir die arbeiterfreundliche Absicht der deutschen Reichsregierung in ihrer Reformpolitik anerkennen
2. daß wir ernstlich gewillt sind, gemeinsam mit den sozial-reformistischen Parteien in Frieden an der Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu arbeiten;
3. daß wir hoffen, nach dem Worte eines unserer Reichstags-Abgeordneten (?) durch energische soziale Reformen die Revolution zu überwinden."

Als Preis für die Unterzeichnung dieser drei Punkte wurde uns geboten:

1. Die oben erwähnten Führer der Konföderativen und Sozialreformer Berlins wollten dafür eintreten, daß ihre Parteigenossen im vierten und sechsten Berliner Wahlkreis bei der Stichwahl am 12. Nov. für uns stimmen;
2. erboten sie sich, alsdann folgende Gegenerklärung zu unterzeichnen:
"Dagegen erklären wir, daß wir, wenn die deutschen Sozialisten auf gesetzlichem Wege innerhalb der bestehenden Staatsordnung die Reform erstreben, wir für die Aufhebung des Sozialistengesetzes im gegebenen Falle stimmen werden."

Weiter wurde uns mündlich mitgetheilt: Beigerten wir uns, auf diesen Vertrag einzugehen, so würden die erwähnten Führer die Lösung ausgeben: Stimmenthaltung und dann sei unsere Niederlage in Berlin gewiß.

Wir haben darauf entschieden und bestimmt mißfällig erklärt:

1. Daß wir jeden Schacher und Stimmenkauf von uns wiesen; daß wir lieber 3000 ehrlich gewonnene Stimmen, als 30.000 erkaufte haben wollen; daß wir nicht in der Lage seien, die mit Erlaß des Sozialistengesetzes inaugurierte Wirtschaftspolitik der Reichsregierung: Vermehrung und Erhöhung der indirekten Steuern und Zölle auf notwendige Lebensbedürfnisse, Vermehrung der Militärskaffen, Zünfftgesetz u. dergl. als arbeiterfreundlich anzuerkennen;
2. daß wir nie abgelenkt — wie unsere Haltung und unsere Erklärungen noch zuletzt gegenüber dem Unfallgesetz gezeigt — Reformvorschlüge der Reichsregierung ernsthaft zu prüfen; zu versuchen, sie unseren Wünschen entsprechend umzugestalten und, wenn sie unserm Standpunkt entsprächen, zu akzeptieren, daß wir es aber ablehnen müßten, mit Parteien gemeinsame Sache zu machen, die in ihren Bestrebungen reaktionär und darum arbeiterfeindlich seien;
3. daß wenn mit Punkt 3 die Annahme ausgesprochen sein sollte, als wollten wir eine gewalttätige Revolution, dies eine ganz willkürliche Annahme sei. Wir hatten stets erklärt, daß planmäßige, gründliche und ganze Reformen der gewaltlosen sozialen Revolution, die andernfalls eine nothwendige Folge unserer politischen und Monomischen Entwicklung sei, vorbeugen könnten und wir nicht verantwortlich seien für Dinge, die nicht in unserem Willen und in unserer Macht liegen, sondern von dem Willen und der Macht unserer bisherigen Gegner abhängen.

Mit dieser Antwort reichen unsere Parteigenossen nach Berlin zurück.
Das Wahleresultat ist bekannt. — — — —
Dresden, den 16. November 1881.

H. Bebel, B. Liebknecht."

Seht man in der letzteren Erklärung überall statt konservative Partei Reichsregierung, und thatsächlich sind ja doch die Herren Wagner, Sieder und Genossen nur die Mundstücke Bismarcks, so haben wir ein Bild der Situation unserer Partei in Deutschland, wie es klarlicher nicht gekennzeichnet werden kann.

Wir nannten absichtlich die Erklärung unserer Genossen eine Antwort auf die Vorkasse, obwohl eigentlich das Umgekehrte der Fall ist: die Vorkasse ist eine Antwort auf die Erklärung. Am 10. November fanden die Verhandlungen statt, von denen Bismarck zweifelsohne unterrichtet worden war, noch am 12. erscheint in der „Norddeutschen Allgemeinen“ an hervorragender Stelle ein Leitartikel, in dem es am Schlusse mit unverkennbarer Absichtlichkeit heißt:

„Es in der That leicht ersichtlich, daß, soweit die liberale Partei sich an dem Genuße der Gegenwart genügen läßt und die Sorge für die Zukunft ihren Eiteln überweist, ihr aus dem durch jene Repressivmaßregeln (dem Sozialistengesetz) geschaffenen Zustande mannigfache Vorteile erwachsen. Einmal ist die Furcht des Liberalen in Bezug auf die Sicherheit seines Eigentums und seiner Person durch das Bestehen jener Repressivmaßregeln zur Zeit beseitigt; andererseits sind diejenigen Volksschichten, aus deren Unzufriedenheit die Agitation Nahrung zog, zur Zeit weniger fähig, als es ohne dieses Ausnahmegegesetz der Fall wäre, die wohlwollenden Absichten der Regierung zur Hebung ihrer Lage zu würdigen und diese zu unterstützen; vielmehr werden einige Elemente dieser Volksschichten aus Widerwillen gegen jene Repressivmaßregeln geneigt sein, der fortschrittlichen Bekämpfung der Regierung ihre Unterstützung zu leihen. Die liberale Bourgeoisie hat also, Dank dem Sozialistengesetz, politische Verbündete in der Klasse ihrer wirtschaftlichen Erbskinder, den Arbeiterklassen, gefunden, deren unbenutzte Ansprüche auf ökonomischem Gebiet diese selbe liberale Partei gleichwohl noch wie vor zu vereiteln sucht. — In der That eine angenehme Lage — so weit sie vorhält.“

„Es ist nicht nötig, hervorzuheben, daß diejenige staatsmännische Auffassung, die von der Regierung erwartet werden darf, sich nicht mit diesem Genuße der augenblicklich sichergestellten Gegenwart genügen lassen kann, und daß dieselbe unablässig trachten muß, durch Befriedigung der gerechten Forderungen der Arbeiter den gesunden Kern der sozialistischen Ideen zu verwirklichen und dadurch der revolutionären Richtung der Sozialdemokratie den Boden zu entziehen. Wenn diese Reformen durchgeführt sein werden, dann wird auch das Gesetz vom 21. Oktober 1878 unnötig geworden sein.“

Deutlicher kann man schon nicht mehr reden. Offen und unumwunden wird uns hier zugerufen: Stimmt meiner Sozialreform zu, und das Sozialistengesetz ist nicht mehr! Auf schwache Gemüter hätten so verführerische Lockrufe ihre Wirkung sicher nicht verfehlt, keine andere Partei hätte in gleicher Lage wie die Sozialdemokratie ihnen Widerstand geleistet — man vergleiche nur die ewige Kammerlei der Nationalliberalen — die Sozialdemokratie aber, durch Kampf und Verfolgung gehärtet, antwortet im Bewußtsein der Stärke ihrer Sache selbstbewußt: Nein! wir verzichten nun und nimmermehr auf das Recht der selbständigen Prüfung. Soweit Eure Projekte den Arbeitern von Nutzen, nehmen wir sie an — ohne Euren Dank dafür zu verlangen, soweit sie aber die Arbeiter schädigen — und dazu gehört vor allen Dingen Euer Lieblingsprojekt, die Erhebung der direkten Steuern durch indirekte, durch Mehrbelastung der notwendigsten Lebensmittel, — weisen wir sie rundweg ab, ohne Furcht vor Euren Repressalien. Auf reaktionäre, d. h. arbeiterfeindliche Bestrebungen lassen wir uns nicht ein.

Da kommt nun die kaiserliche Vorkasse, von Neuem wird die zärtliche Fürsorge für das Wohl der Arbeiter in den Vordergrund gestellt, das Sozialistengesetz aber nur flüchtig berührt, und die Versicherung abgegeben, daß die Umwandlung der bestehenden Staats- und Gemeindefinanzen in „weniger drückende, indirekte Reichsteuern“ — nicht nur von fiskalischen, sondern auch von reaktionären Hintergedanken frei ist. Wir wollen ja gar keine Reaktion, wir wollen nur den Bestand des Reiches sichern, heißt es am Schlusse.

Aber die Logik der Sozialdemokratie ist unerbittlich, ihr gegenüber heissen keine Ausflüchte. Die kaiserliche Vorkasse wird mit den Worten abgetrumpft: daß wir nicht in der Lage sind, die Erhöhung der indirekten Steuern — als arbeiterfreundlich anzuerkennen. Ob sie von reaktionären Hintergedanken frei ist, das ist uns sehr gleichgültig, sie ist an und für sich so reaktionär, daß es der Hintergedanken gar nicht bedarf. Was soll es denn noch Reaktionsäres geben, als dem Arbeiter zehnfach das vom Rande wegzureißen, was er von Rechtswegen höchstens einfach zu zahlen hätte? Für den reichen Mann, für den Kanzler, mag es „wenig drückend“ sein, wenn die Lebensmittel theurer werden, für den Arbeiter, der

mit Pfennigen zu rechnen hat, bedeutet jeder Preisaufschlag nur neue Entbehrungen. Und mag man die Verfolgungen gegen uns verzeihen, niemals werden wir unsere Zustimmung zu solchen „Reformen“ geben. Niemals werden wir um das Einseugerecht einer Unfall- und Invalidenversicherung von höchst zweifelhaftem Werte das Recht des Volkes auf Arbeit und Existenz, niemals das Recht und die Pflicht des Volkes, seine Forderungen im Nothfalle mit Gewalt durchzusetzen, preisgeben.

Das ist die stolze Antwort der Sozialdemokratie auf die kaiserliche Vorkasse.

Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 23. November 1881.

Der Sieg der deutschen Sozialdemokratie über die vereinigte Reaktion hat unter den Sozialisten aller Länder freudige Begeisterung hervorgerufen. Ganz besonders sind es die Nachbarländer Deutschlands, in denen unsere Genossen mit gespannter Aufmerksamkeit der deutschen Wahlbewegung gefolgt sind. Sie waren gewohnt, die deutsche Sozialdemokratie als ihre Vorbildlerin zu betrachten, an ihrer rastlosen Tätigkeit sich ein Muster zu nehmen, und als nun das Sozialistengesetz kam, als uns die öffentliche Agitation unmöglich gemacht wurde, als es den Anschein hatte, als sei die deutsche Sozialdemokratie in sich zerfallen, da litt auch bei ihnen die sozialistische Bewegung schwer, man kann fast sagen, daß ihnen das Sozialistengesetz mehr Schaden zugefügt hat als uns. Deshalb größer ist aber jetzt unter ihnen der Jubel über unseren glänzenden Sieg, der sicher nicht ohne Rückwirkung bleiben wird.

„Das Wahleresultat“, schreibt unser Wiener Bruderorgan, „Die Wahrheit“, „hat unsere Erwartungen weit übertroffen und uns mit neuem Muthe erfüllt. Es sollte uns aber auch anspornen, eine energische Agitation für die Einführung des allgemeinen Stimmrechts in Oesterreich ins Leben zu rufen.“

Und an einer anderen Stelle: „Wir sprechen ihnen, den wackeren Arbeitern Deutschlands, in unserem, wie im Namen unserer politischen Freunde in Oesterreich den herzlichsten Dank für ihre Haltung aus.“

Die „Arbeiter-Wochen-Chronik“ in Budapest schließt ihren Artikel über die deutschen Wahlen mit folgenden Worten, denen sie unsern Aufruf zu Gesammaltungen anfügt:

„Uns aber soll das Beispiel der deutschen Genossen aneignen zum Ausbilden in unseren Bestrebungen und wenn je, so gilt in Bezug auf die deutschen Genossen das Wort: Gehet hin und thut desgleichen!“

Das Organ der belgischen Sozialdemokratie, die „Genter „Doeloms“, schreibt: „Unsere Genossen haben die Feuerprobe würdig bestanden, sie werden in dem fortwährenden und heiser werdenden Streit die Fahne nicht sinken lassen. Unsere Partei ist unbeflegbar, wie ihre Prinzipien unüberwindlich sind. Was unsere Feinde auch anstellen, um uns zu vernichten, wird fruchtlos sein. Darum, Genossen, niemals den Muth verlieren!“

Und um ihre Solidarität durch die That zu beweisen, haben unsere Genter Genossen sofort eine Sammlung zu Gunsten unseres Wahlfonds vorgenommen, welche die Summe von 75 Fr. ergab.

„Mit Ehrfurcht und Bewunderung“, schreibt unser holländisches Bruderorgan, „Recht vor Allen“, „werden wir erfüllt, wenn wir die Ausdauer und Kraft betrachten, mit der unsere sozialistischen Genossen in Deutschland den Wahlkampf geführt haben.“

Der „Proletaire“, das Organ der französischen Arbeiterpartei, schreibt: „Die Wahlen vom 27. Oktober werden in den Annalen der deutschen Sozialdemokratie Epoche machen.“ ... „Die von ihr erzielten Resultate sind der härteste Stoß, welchen die Bismarcksche Politik in Deutschland erhalten hat. Drei Jahre Bismarckschen Schreckens ... haben den Triumph der deutschen Sozialdemokratie nicht verhindern können.“

„O Protekt“, das Organ der sozialistischen Arbeiter Portugals, schreibt: „Alles in Allem ist das Wahlergebnis ein glänzender Sieg, zu welchem wir dem Volk und den Sozialisten Deutschlands Glück wünschen können.“

Der „Avanti!“ von Imola, der in der uns vorliegenden Nummer erst das Ergebnis der Hauptwahl kannte, begrüßt dasselbe mit Freuden, indem er die vielen Schwierigkeiten in Betracht zieht, welche die soziale Demokratie besiegelt hat.

Die sozialistische und radikal-demokratische Presse der Schweiz: „Arbeiterstimme“, „Geltionier“ und „Volkssfreund“, die sozialistischen Organe Nordamerikas: „New-Yorker Volkszeitung“, „Vorbois“ u. s. w., sie alle stimmen darin überein, daß die Wahlen vom 27. Oktober ein glänzendes Zeugnis für den Muth und die Ausdauer der deutschen Arbeiter darstellten. Und wenn es überhaupt noch eines Zeugnisses für den imposanten Eindruck

Essentialität zu bringen! Wereshagin hat es gethan und er hat damit der Kunst eine neue Richtung gegeben.

Er hat, seinem unbedingten Geiste folgend, sich von den guten alten Sitten emanzipiert, die dem kaiserlich königlichen Schlachtenmaler bisher nur gestattete, den Sieg und die Sieger zu malen; in überschweulicher Manier den hohen Kriegsherrn zu verherrlichen und in allerlei rührenden, mehr oder weniger gut erfindenen Szenen den unerschütterlichen Muth, die heroischen flammende Begeisterung der Truppen zur allgemeinen Kenntniss zu bringen.

Wereshagin hat seine Schlachtenbilder nicht aus Kommando gemalt, sie sind unverfälscht, sie gehören ihm. Es ist sein Eigenthum und es ist eine edle stimmungsbildende Seele, die sich darin ausdrückt. Gleichwohl scheint er die zarte Empfindsamkeit und ästhetische Klugheit nicht zu kennen, die da gebietet, das Auge des Volkes mit all' den Gräueln des Völkerebens zu verschonen.

Mit unerbittlicher Naturwahrheit malt er, was er gesehen und selbst erlebt hat: die entsetzliche Mißthat an der Menschheit, den privilegierten Massenmord.

Man sieht und schaudert; selbst der durch die Gewohnheit abgekümpfte, die „Ordnung“ hochachtende Bourgeois wird seiner Barmhertzigkeit schlichter Frage gehalten müssen, ob denn eine „Ordnung“, in welcher der Nachspruch eines Einzigen genügt, um die trauvolle Jugend eines Volkes zu so unglücklichen Leiden oder zu einem frühen Tode zu verurtheilen, nicht verdammenstheuer ist, und ob Menschenopfer zu fordern wirklich ein unantastbares Recht der Krone sei?

Wir haben in den Gemälden Wereshagins die Schlachtfelder des letzten Orientkrieges vor uns. Bilder vom russisch-türkischen Kriegsschauplatz — sagt der Katalog, der überall, wo der Kaiser allein nicht ausreicht, in trefflichen Kommentaren und Randglossen das volle Verständniß herbeiführt.

Vor dem Angriff betritt dieses Bild. Es bringt eine Episode vor der Erklärung Plavna's durch die Russen. Der Tag ist trüb, ein feiner Regen rieselt hernieder. Hinter einem Berge, dicht aneinandergebedrängt und auf dem nassen durchweichten Boden hingekauert, dessen fleckiger Schmutz an ihren Kleidern haftet, harren die russischen Soldaten in bangen fieberhafter Erwartung des Befehls zum Angriff.

Ein General und einige Offiziere stehen an ihrer Seite. Bangen Auges sehen sie nach der türkischen Stellung gegenüber. Aus ihren blauen, eingestülpten Jüngen spricht der Ernst ihrer Lage; sie wissen es wohl, sie stehen vor einer schweren Stunde, aber sie versuchen es, den Soldaten Muth einzupfeifen: „Haltet Euch wacker, Brüderchen. Es ist heute der Namenstag des Jaren, ihre Bräuer sollt dem Kaiser Plavna zum Geschenk darbringen!“

„Nach dem Angriff.“ Wir sehen einen Verbandplatz. Die

bedürfte, den die Wahlerfolge unserer Partei allüberall in Arbeiterkreisen gemacht haben, so ist es die Thatfache, daß die anarchischen Blätter theils ganz darüber schweigen, theils aber kampfhafte Anstrengungen machen, sie und da einen Ausweg aufzufinden. Das soll uns aber die Freude nicht verderben, wir werden uns ohnehin nicht auf die Wärenhaut legen, sondern mit frischem Muth weiter arbeiten an dem Riesenwerk der politischen und sozialen Befreiung des Proletariats.

Die Vorkasse, mit welcher der deutsche Kaiser dem neugewählten Reichstag kund und zu wissen that, daß er mit seinem Kanzler ein Herz und eine Seele ist, — wer da das Herz ist und wer die Seele, liegt auf der Hand — ist eine bittere Ruß für die Herren Jordanben, Richter und Genossen. Mögen die Herren noch so laut schreien: Wir wollen von den Hohenzollern regiert werden und nicht von ihrem Handwerker! so lange sie den alten Herrn nicht pensioniren, so lange werden sie mit ihrem Geschrei den Bismarck nicht los. Und so wadelig es mit dem Ersten auch steht, so hat er nun einmal ein jähres Leben und mag es bei guter Pflege wohl noch so ein paar Jährchen aushalten, wogegen wir natürlich nichts einzuwenden haben, da nach unserer Ansicht das monarchische Prinzip durch einen 84jährigen Mann am zweckmäßigsten vertreten wird.

Was nun Kaiser — pardon Kaiser Bismarcks Vorkasse anbetrifft, so ist das ein äußerst lustiges Ding. „Der Parlamentarismus“, wie er ist, wird da in so vortrefflicher Weise geoffenbart, daß wir unseren Freundes Pothar Bucher „bewährte“ Feder in jeder Zeile wiedererkennen. Die armen Liberalen krümmen sich ordentlich, um diese fauerlichen Ohreizen, die ihnen in der Vorkasse allgeradnigst verabsagt werden, in unterthänigster Demuth abzuwehren. Zudem sie mit gewohnter Schlaueit den Kaiser immerfort als das Blümchen Rühmlichkeitsanfang hinstellen, erhalten sie jetzt den wohlverdienten kaiserlichen Zuchtstich. Alles, gegen was sie geeifert, die neue Verfassungspolitik, das Tabakmonopol, die zweijährigen Etats- und die vierjährigen Legislaturperioden, wird ihnen jetzt vom Kaiser, — nicht vom Kanzler — huldreichst präsentiert. Jetzt zieht die Phrase vom Hausmeier nicht mehr, denn ein Hausmeier setzt, — wie die Offiziere mit Recht behaupten — einen durchaus unfähigen, unselbständigen Fälscher voraus, so daß wer Bismarck Hausmeier der Hohenzollern nennt, eigentlich wegen Majestätsbeleidigung bestraft werden sollte. Nachdem aber nun gar der Kaiser mit allerhöchster Unterfertigung befreit und besiegelt hat, daß er noch Herr im Hause ist, da existirt für ein acht liberales Gemüth gar kein Zweifel mehr — „der König rief, und Alle, Alle kamen!“ Da sitzen die Herren nun in der Fälschung und warten auf Erlösung. Wären sie Männer, so könnten sie bei der jetzigen Zusammenlegung des Reichstages Bismarck arg in die Klemme bringen, da sie aber Liberale sind, so warten sie auf den „liberalen Kronprinzen“ und begnügen sich einweilen mit dem politischen Schacher. Bismarck hat ja die allerhöchste Erlaubniß erhalten, seine Minister zu nehmen, wo er sie findet, der Preis des Schachers wäre also da — und sein Gegenstand, die Interessen des Volkes, da lieber Gott, wer wird nach den Wahlen noch ernsthaft davon reden! Man möge die eigenen Interessen sorgfältig gegeneinander ab, das ist die Hauptsache. „Wir ein Bierlein, die ein Bierlein“, wie es im Liede heißt, gestohlen werden sie doch — dem Volke nämlich.

Nach einmal zur Stichwahl in Berlin. In unserer heutigen Leitartikel haben wir den Schlusssatz der Erklärung von Bebel und Liebknecht sorgfältig, weil derselbe mit der dort behandelten Frage nichts zu thun hat. Unsere Genossen konstatiren nämlich ausdrücklich, was wir bereits in der vorigen Nummer festgehalten hatten, daß das in der Stichwahl erzielte Stimmenmehr unserer Partei hauptsächlich von solchen Wählern herrührt, welche in der ersten Wahl, weil sie an einen Sieg unserer Partei nicht glaubten, theils um der politischen Freiheit und Opposition willen für den Fortschrittler, theils um der versprochenen Sozialreform willen für den Kandidaten der Konservativen stimmten, sich aber nunmehr wieder dem Gros unserer Partei angeschlossen haben. Der „Volks-Zeitung“ paßt das natürlich nicht in den Kram und sie möchte gerne mit aller Gewalt nachweisen, daß der Zuwachs unserer Partei von den Konservativen herrührt. Daß seine eigenen Kandidaten Träger und Kory bei der Stichwahl anstatt eines Mehrs, wie es sonst bei den Stichwahlen der Fall ist, ein Minus von zusammen 1500 Stimmen erzielten, vergißt das fortschrittliche Organ dabei vollständig. Wie ernst es aber die Konservativen mit der Wahlenthaltung nahmen, dafür liefert die „Volkszeitung“ in ihrer Nr. 272 selbst den besten Beweis, indem sie schreibt:

„Uns sind Fälle bekannt, in denen Bureauchefs ihren Untergebenen am Morgen der Wahl förmlich Vortrag gehalten und ihnen aus dem angegebenen Grunde“) Wahlenthaltung empfohlen oder sie, was dasselbe ist, durch eine Kontrolle am Wahlstische zur Wahlenthaltung gezwungen haben.“

Das zeigt denn doch deutlich genug, daß das antischriftliche Wahlkomitee die Bebel-Liebknechtsche Antwort richtig aufgefaßt hat.

Der Ständerische „Reichsbote“ versucht gleichfalls zu klammern, indem er behauptet, daß „Deutscher Sozialisten den Unterhändler des antischriftlichen Komites ihr lebhaftes Bedauern über das Scheitern der Ver-

*) Nämlich daß beide Kandidaten Reichsfeinde seien.

Menge der Verwundeten war über Erwarten groß; was zur Verpflegung der Kranken vorgesorgt worden, reicht bei weitem nicht aus. Ein Divisionslazareth, welches für 500 Menschen abgetheilt war, hatte man mit 8000 angefüllt. Und nun regnet es, und die schulpfaffen Verwundeten schwimmen förmlich in Schmutz und Wasser und Blut. Die Ärzte thun, was sie können, die barmherzigen Schwestern suchen mit bewundernswerther Aufopferung das Elend dieser Armen zu lindern, aber der Leidenden sind zu viele. Sie bleiben ohne Verband, ohne Nahrung, ihrer Qual, der Verzweiflung anheimgegeben, die Reichen schon den Tod in den Schmerzverzerrten Zügen.

Dieser, der versorgt werden konnten, sitzen still, in sich gekehrt, vielleicht in der Erinnerung an die Lieben in der Heimath. Ein hübscher junger Bursche, ganz im Vordergrund, mit verbandenem Arm, die Lider vom Blute harrend, der mit großen fremderigen Augen so traurig vor sich hin sieht, macht einen tief wehmüthigen Eindruck.

Eines der bewundernswürthigen Gemälde, von vollendetster Meisterhaftigkeit zeugend, betitelt sich „Die Sieger“. Jede der vielen Gestalten ist voll Ausdruck und Charakter in der Zeichnung, voll Kraft und Ueppigkeit in der Farbe.

Die Färsen haben die Russen geschlagen und hier auf dem Schlachtfelde, inmitten des hundertsätzigen Todes, der grauigsten Verwüstung, kommt die ganze Brutalität des Siegers, die freudetrunkene Rohheit des zur Bestie umgewandelten Menschen zum Durchbruch. Die Verwundeten und Verwundeten werden geplündert und gemartert, man sieht, wie die Sieger sie ihrer Kleider, ihrer Wäsche selbst berauben, man sieht die grauenhaften Scheltbeie auf den schon entblößten Körpern. Hier zieht ein Kriemle ein Kosaken die Stiefel von den erschütterten Füßen, um sie sogleich selber anzulegen, neben ihm liegt ein Kopf, der von dem noch blutenden Muth abgetrennt ist.

In der Mitte des Bildes sehen wir einen großartigen Orientalen, in dem verwilderten, fast thierischen Gesicht ein schlaues Schamanzel. Er hat jedoch die glänzende, ordnungsgemäße Uniform eines russischen Generals über seine Lumpen gezogen und steht nun breit, mit auseinander gespreizten Beinen und vom Leib gehaltenen Armen unbefolten und selbstgefällig da, um sich von den Kameraden bewandern zu lassen.

Diese brechen in ein tolles Gelächter aus, man sieht, wie sie wiehern, sich krümmen vor Lachen. Der Kerl wirkt aber auch zu dräuisch. Und der Eine greift, voll idiotischen Uebermuths, (als wären nach seinem Befehl General auf europäische Weise beglückwünscht.

Ausgelassener Humor und Lohndröckeln; gibt es eine schneidendere Satire auf alles Menschenthum?

„Besiegte.“ In unabsehbarer Perspektive dehnt sich ein Leichenfeld hinter aus. Die blutige Schlacht bei Tilsit war vorüber. Die Russen tragen die verwundeten, entblößten Leichnamen, 1500 an der Zahl, zu

Feuilleton.

Wereshagin*)

I.

Wien, den 31. Oktober 1881.

Die Fagade des Wiener Künstlerhauses ist von zwei Flammen elektrischen Lichtes taghell erleuchtet. Die intensive Helle reicht weit hin über die breite macadamisirte Straße. Sie läßt die lange Doppelreihe der Wagen und die vor dem Hause dicht angeammelte Menge genau erkennen, die aus allen Ständen zusammengedrängt, nur langsam und rudeweise gegen das weitgeöffnete Thor sich vorzupressen vermag. Im Vestibule, das ebenfalls, gleich den Ausstellungsräumen, im elektrischen Licht erstrahlt, stehen die Besucher Kopf an Kopf gedrängt; Bewegung und Gegenbewegung ist hier gehemmt und an den Kassen, wo die Beamten den Anforderungen nicht zu genügen vermögen, drängt man sich um die Karten.

Jetzt ist unter dem ordnenden Einschreiten einiger Sicherheitsorgane wieder ein Schuß befördert und die Glücklichen eilen die breite Marmortreppe hinauf nach dem ersten Stock, um die Gemälde Wereshagins im Angenehmen zu nehmen. Seit dem Besuche des Künstlerhauses hatte noch bei keiner Ausstellung, welchen Namen sie auch trug, sich eine solche Theilnahme des Publikums kundgegeben, war ein solcher Massenandrang zu verzeichnen gewesen.

In ungeduldig frohlicher Erwartung, voll lebhafter, oft mitzueinander Reugier, als gelte es wie gewöhnlich die nackten Weiber Makars zu bewandern, betreten die Besucher den Mittelssaal. Wenn sie die Kunde gemacht, ist das Räthsel aus ihren Jüngen verschwunden. Sie sehen ernst und nachdenklich; von heimlichem Grauen erfüllt, die Reichen in lauter erregter Weise das Gesehene diskutirend.

Aber was hat dieser Kaiser denn dargestellt, was diese fast wilde Reugier hervorgerufen, was hat man denn gesehen, was diese sonst so indifferente Menge aus ihrer Ruhe bringt, ja verstimmt?

Ein Bild Menschengeschichte — eine bisher sorgfältig verhehlte Wahrheit.

Und sie alle empfinden sie als solche, denn sie alle sind für diese Erkenntniß reif, und nicht Einer ist darunter, der zu sagen wagte: das ist absichtliche Entstellung und Uebertreibung, das ist mir zu brutalen Farben gemalt, es ist eine Lüge; nein, kein Einziger. Und wer vermüchte sich auch dem Einbrüche des Wahnsinnigen, des Wirklichen zu entziehen, wenn man nur erst einmal den Muth hat, dergleichen vor das Forum der

*) Wegen Raummangels bisher zurückgelegt.

handlungen ausgesprochen haben.“ Dieses „lebhafte Bedauern“ dürfte sich, wie wir die Berliner Sozialisten kennen, und nach den Proben, welche dieselbe den Herren Körner, Finn und Genossen bereitet haben, wohl auf die Nützlichkeitstheorie: „Bedauern lebhaft“ reduzieren. Die Berliner Sozialisten sind zwar keine Antisemiten, aber das Schachern ist ihnen von Grund an zuwider.

Die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen, schreibt uns einer unserer Abgeordneten, ist bei der diesjährigen Wahl freilich nicht so groß, wie bei den Wahlen von 1877 und 1878, allein dies findet in den anormalen Umständen seine genügende Erklärung. Ueberall wo wir unter halbwegs günstigen Bedingungen in den Kampf eintreten konnten, hat sich ein Wuchstum der Stimmengabe ergeben. Wir verweisen auf Nürnberg, Chemnitz, Leipzig, Mainz, Offenbach, Weiden u. s. w. Außerdem — und das ist ein sehr wichtiges Moment — stellt sich eine viel gleichmäßigere Verbreitung der Partei über ganz Deutschland heraus. Zum ersten Mal ist Süddeutschland vertreten, und gleich mit vier Sitzen; die übrigen sozialdemokratischen Sitze verteilen sich auf den Norden, Westen, Osten und die Mitte unseres Vaterlandes, so daß kein Theil desselben ganz unvertreten ist. Dies ist ein großer Fortschritt. Er beweist, daß die Sozialdemokratie in Deutschland mehr und mehr zur Volkspartei wird, um uns einmal dieses viel mißbrauchten Wortes zu bedienen.

Die Nachtheile der Uebertragung verschiedener Kandidaturen an eine Person sind bei der letzten Wahl deutlich hervorgetreten. Bei der nächsten Wahl wird man diesen Fehler jedenfalls vermeiden. Man weiß, daß wir dagegen angeknüpft haben. Die sich nun zur Evidenz herausgestellt hat, ist das Gros unserer Parteigenossen über den Personenkultus glücklich erhaben. Vorausgesetzt, daß der Kandidat als tüchtiger Parteigenosse bekannt ist, erhält er die Stimmen, gleichviel ob er einen „Namen“ hat oder nicht. Wegen die Parteigenossen überall die Lehre beherzigen.

Wo sind die „Anarchisten“? Die Anhänger Most's und Hasselmann's? Man betrachte das Wahlergebnis in Bremen, Elberfeld, Chemnitz, Berlin, Offenbach, Hanau, Frankfurt a. M. und Weiden (Crimmichau). Nicht ein Wähler hat sich um das Geschrei, das Wählen sei reaktionär, bekümmert. Wir begnügen uns, die Thatsache zu konstatieren.

Das einzige Land, welches bei den heutigen Reichstagswahlen dem „Zuge nach links“, wenigstens anscheinend, nicht folgte, ist Sachsen. In Sachsen haben die Konservativen, die sonst überall „Mißgang“ aufweisen, Terrain gewonnen und die Sozialdemokratie hat zwei Sitze weniger als im vorigen Reichstage. Dieser abnorme „Zug nach rechts“ ist aber kein wirklicher; er ist künstlich und gewaltsam herbeigeführt und erklärt sich gerade daraus, daß die sozialdemokratische Bewegung hier relativ am stärksten und der Regierung am gefährlichsten ist. Ganz Sachsen war vor und während der Wahlen unter dem Gefährdungsstand, und zwar nicht unter dem „kleinen“. Zwar das eigentliche Kriegsgewalt herrschte nicht, dafür aber das ebenso brutale, wenn auch weniger blutige, Polizeirecht, das ein Polizeistaat recht ist. So, wie während dieser Zeit in Sachsen gewaltet wurde, ist, außer nach einem unterdrückten Aufstande, niemals in irgend einem Lande gehaust worden. Kein Sozialdemokrat war einen Moment lang seiner Freiheit sicher; er schwebte in beständiger Gefahr, verhaftet zu werden. Jeder, von dem die Behörden energische Agitation erwarteten, wurde entweder kurzweg unter einem beliebigen Vorwand eingesperrt oder fortgesetzt so abscheulichen Chikanen und Belästigungen unterworfen, daß nur besonders geduldige oder kräftige Naturen ausdauern konnten. Abgesehen von den Massenverhaftungen, Massenburchsuchungen, Massenkonfiskationen und sonstigen Polizeischreibern, von denen im Parteiorgan schon wiederholt die Rede gewesen ist, hat die Polizei Handlungen verübt, die nur auf der Absicht, einen Tumult oder Erzeß hervorzurufen, beruhen können. Besonders geschah dies bei den Stichwahlen in Dresden, Chemnitz und Weiden. In Dresden wurden, obgleich die äußerste Ruhe obwaltete, ostentativ Maßregeln getroffen, wie sie nur am Vorabend eines Aufstandes oder nach Unterdrückung eines Aufstandes am Plage sind. Das Militär wurde konzentriert, scharfe Patronen vertheilt, sogar die Artillerie mobilisiert! Und dazu die Brutalität der Polizei! Als es den Provokationen des Ehren-Paul und Genossen nicht glückte, einen Stanzal hervorzuheben, sperrte man am Abend plötzlich und ohne allen und jeden berechtigten Grund einige der belebtesten Straßen ab und ließ dann auf die naturgemäß sich findende Menge mit einer Rücksichtslosigkeit ein, die nur der begreift, der da weiß, daß die Regierung, um ihr schmachvolles Vorgehen bei den Wahlen zu rechtfertigen, einen größeren oder kleineren Putsch außerordentlich gern sähe.

Genau so wie in Dresden ist man in Chemnitz und Weiden verfahren. In Chemnitz verhaftete die Polizei am Wahltag, nach erfolgtem großartigem Siege der Sozialdemokratie, den gewählten Weiser, mitten aus den aufgeregten Massen heraus — ein heiliges Wort, eine unbedachte Geste und der Funke hatte das Pulverfaß entzündet. Ein furchtbarer Zusammenstoß mit obligatem Blutergießen war unvermeidlich. Und weshalb die Verhaftung? Weil unter einem Flugblatte für Weiser eine falsche Firma stehen sollte — ein Vergehen, auf welches eine Geldstrafe kam.

Hier liegen sie auf dem Steppenboden zwischen herblich entblättertem Getreide und hohen kahlen Ständen.

Diese da, sie spüren nimmer die Dornen, in die man sie gebettet, und nicht den plötzlichen Regen, der auf sie herabfällt, und nicht den rauhen Wind, der über ihre nackten Köpfe hinwegweht — er trägt den Geruch der Verwesung über die Erde.

Und da vor dem offenen Schachte steht ein Pöpel in reichem priesterlichen Ornat; er murmelt Gebete und schwingt das Rauchfaß über die Todten. Wirst Du damit hinweg rüchern, was hier zum Himmel sinkt, oder bleibst Du für diese armen Sünder, die das Nachwort des Despoten in frühzeitigen Tod gegibt?

Demüthig steht er da und wehmüthig, aber wenn's ihm auch das Herz zusammenbricht, er ist doch ein Mensch, so beugt er sich doch als Priester vor den „höhen unerforschlichen“ Rathschlüssen seines Gottes und seines Jaren. Ein Soldat, ihm assistirend, steht neben ihm. Er ist der getreue Ausdruck des kaiserlichen Gehorhams.

Es ist bekannt, daß einige Zeit hindurch die stehende Wache aus dem russischen Hauptquartier lautete: „Im Schiplapasse Alles ruhig.“

In drei kleinen Bildchen illustriert nun Werschagin das latonische Telegramm.

Eine graue Lust, ein heftiges Schneetreiben. Die Schildwache steht auf ihrem einsamen Posten, das Gewehr in der Hand, die wolken Kapuze so weit über das jugendliche Gesicht gezogen, daß nur die gutmüthigen Augen daraus hervorleuchten.

Auf dem Zweiten sehen wir den Mann, der erfährt, keiner Bewegung mehr fähig ist und dem der herabgeworfene Schnee weit über die Knie reicht, noch immer auf seinem Posten. Er vermag sich nicht mehr aufricht zu erhalten, er ist gebogen, gleich einer Weide, aber er steht noch; und wenn er auch die Hände ineinander tief in die Knieel gesteckt, er hält pflichtschuldigst noch sein Gewehr im Arm. Der Kopf ist tief gegen die Brust herabgesunken, die Kapuze verhüllt ihn ganz.

Das dritte Bild zeigt einen Schneehügel — die Schildwache liegt darunter. Da guckt ein Bispel der Kapuze und hier zwei Stiefelsohlen aus dem Schnee. Eine Hand ragt daraus hervor — die todten erfrorenen Finger umklammern das Gewehr.

Nun, der gute Mann hat nur seine Pflicht gethan, wie so viele andere. Konnte doch General Madsch an den Oberbefehlsherrn rapportieren: Die Regimenter vermindern sich in unglücklicher Weise; fast die ganze 24. Division ist ertrunken. — Am Schiplapasse war Alles ruhig.

J. S.

gelegt ist. Wegen einer solchen Vapptat jemand zu verhaften, ist durch aus unsinnig und ungesetzlich, und nun gar unter solchen Umständen!

In Weiden Aehnliches: Der Agitator Kiekmann wurde am Wahltag vor Schluß der Abstimmung verhaftet. Hier war der Zweck offenbar, einerseits auf die Menge der Wähler einschüchternd zu wirken, andererseits einen Stanzal hervorzuheben, der sich im Interesse der „Ordnung“ hätte ausbeuten lassen.

Nun, das frechste Spiel der Behörden ist mißlungen, und die Arbeiter von Chemnitz und Weiden haben durch die imposante Majorität, welche sie für die Kandidaten der Sozialdemokratie stellten, die Ehre Sachsens in dem heutigen Wahlkampf gerettet. Der Wahn der Zurschamtheit war gebrochen.

„Nicht zählen wir den Feind, nicht die Gefahren all“, war die Losung. Und diese flegelreife Stimmung hat sich über ganz Sachsen verbreitet; hätten die Erzgebirgler, die am 27. Oktober zum Theil verstückelt waren, am 14. November nochmals zu stimmen gehabt, wir hätten nicht bloß die alten Bezirke behauptet, sondern noch neue dazu erobert.

Aus Chemnitz schreibt man uns noch: Hier ist der „Ordnungs-kandidat“ Feder (konservativ), obgleich er die Stimmen seiner Ordnungsschwäger Roth (liberal), der in der ersten Wahl gegen ihn kandidierte, vollständig erhielt, mit 3000 Stimmen Majorität geschlagen worden. In der für die Agitation günstigsten Zeit, von 1873 bis 1877, als hunderte von Volksversammlungen im Chemnitzer Wahlkreise gehalten werden konnten, brachte es die Sozialdemokratie bei ihren Siegen an nicht viel mehr als 12,000 Stimmen. Diczmal, unter dem Sozialistengesetz und unter der gewaltthätigen Herrschaft des verächtlichen Polizeivogels Siebdrat, ohne Presse und Versammlungen, führte sie beinahe 15,000 Wähler in's Feld und bewies damit: die Partei ist gewachsen unter der Area der brutalsten Unterdrückung; sie ist gestählt worden im Feuer der Verfolgungen, und sie wirkt hohnlachend den übermüthigen Feind zu Boden, der sie längst „vernichtet“ glaubte. Dieses Resultat des Wahlkampfes war dem Chemnitzer Ordnungserreiterthum geradezu verblüffend und es verfuhr, gegen den Entschluß des Volkes an den Stadel und die Platte zu appellieren. Am Wahltag bereits wurde Militär konzentriert und Abends gingen die Schergen Siebdrats an's Werk, um einen Konflikt zu provozieren, der zum Abschlagen des Volkes Gelegenheit geben sollte. Mitten aus der frühzeitig erregten Volksmenge heraus wurde plötzlich in brutaler Weise der soeben gewählte Reichstagsabgeordnete für Chemnitz, Bruno Weiser, verhaftet, und der ganzen Wählerschaft damit gleichsam ein Schlag in's Gesicht versetzt. Auch der Vorwand zur Verhaftung war so trivial, daß man annehmen muß, die Polizei wollte den Gewaltstreich ganz offen als einen solchen erkennen lassen, um das Volk seinerseits zum gewaltthätigen Widerstande herauszufordern, sofern nicht schon durch die Verhaftung selbst in den erregten Massen der Funke zündete, der den Gorn des Volkes zu unüberlegten Thaten entflammen sollte. Man verhaftete nämlich Weiser, weil auf einem, von ihm weder unterzeichneten, noch in Verleugung genommenen Flugblatte eine falsche Druckfirma angegeben war. Daß für ein solches „Vergehen“, auf welches übrigens nur eine Geldstrafe von 10—20 Mk. erfolgen kann, in diesem Falle lediglich der Buchdrucker verantwortlich zu machen ist, mußte die Behörde wissen, sie mußte auch wissen, daß Weiser nicht Buchdrucker ist, und folglich mit der Sache nichts zu thun haben konnte, sie mußte endlich wissen, daß Verhaftungen wegen so kleinlichen Anlässen überhaupt unstatthaft sind, aber sie wollte den Vatsch um jeden Preis, denn sie hielt es für nöthig, die 15,000 sozialistischen Wähler durch Fälschungen zu dezimieren. Aber die Chemnitzer Arbeiter fielen darauf nicht herein. Sie sind gescheitete Sozialisten und als solche nicht zum vorläufigen Dreinschlagen zu bringen. Wenn sie den Zeitpunkt für gekommen erachten, daß das Volk seine Angelegenheiten selbst in die Hand nehme, dann werden sie es thun, ohne daß Herr Siebdrat erst dumme Streiche zu machen braucht, vorläufig aber mögen die Herren Staatsretter ihre scharfen Patronen für sich behalten und sich selbst damit womöglich in ein „besseres Jenseits“ befördern, wenn sie die Strafe für ihre Schurkereien heranziehen sehen. — Die Stichwahlen in Sachsen haben gezeigt, daß der alte sozialistische Geist noch im Volke herrscht; wenn auch bei der ersten Wahl durch die eiserne Polizeifist die Wählerschaft unserer Industriestädte niedergebunden werden konnte, so daß wir einige durch und durch sozialistische Kreise momentan verloren — bei den erneuten Wahlen erwachte bereits das Selbstbewußtsein des Volkes, es zeigte den ersten Willen, seiner Meinung Ausdruck zu geben, und vor dem thätigen Willen des Volkes muß auch die verhasste Polizeiwirtschaft die Segel streichen.

Genosse Weiser geht im sächsischen Landtage dem verpönten Ministerium dieses Landes gehörig zu Leibe. Am 17. November zog er bei der Steuerdebatte den Herren von Rositz, Wallwitz wegen einiger in der Antwort auf seine Interpellation eingeschlossenen persönlichen Verdächtigungen so energisch zur Rechenschaft, daß dieser vor Wuth zitternd nichts als eine faule Ausflucht zu sammeln vermochte. Als es sich in derselben Sitzung um die Festlegung der Gehälter der auswärtigen Gesandten handelte, beantragte Weiser, den Gehalt des Gesandten in Berlin von 30,000 auf 21,000 Mk. herabzusetzen, die Forderungen für einen Gesandten in München (15,000 Mk.) und Wien (18,000 Mk.) aber ganz zu streichen. Wenn der Wiener Gesandte mit 18,000 Mk. auskommen sollte, würden 21,000 Mk. für denselben Posten in Berlin genügen. Könne der Gesandte damit nicht bestehen, so möge er etwas weniger Aufwand machen. Die Gesandtschaftsposten in München und Wien seien überflüssig, weil Sachsen nur ein integrierender Theil des Reiches ist, und seine auswärtigen Angelegenheiten durch das Reich besorgt werden. Es sei unnöthig, daß es sich ein Kitz zu geben suche, welches es nicht besitze. Die sächsische Staatsregierung möge Sachsens Selbstständigkeit lieber der Reichsregierung gegenüber wahren und den Muth haben, dem das Volk schädigenden Ansuchen derselben Widerstand zu leisten, worauf der Präsident unsern Genossen mit der echt sächsisch-naiven Erklärung zur Ordnung rief, die Staatsregierung habe den Muth, dessen Vorhandensein der Abgeordnete bezweifelte.

Auch darauf wird Weiser den Herren die Antwort nicht schuldig bleiben. Es wird ihnen nichts geschenkt werden.

Jetzt weiß er auch, wie es thut. Am 3. Juni 1878, am Tage nach Robitzing's Kaiserfest, sollte in Merseburg eine Volksversammlung stattfinden, mit Hugo Kögler aus Halle als Referenten, die aber von dem verheerenden Spießbürgerthum u. Merseburgs unter Aufkündigung des liberalen Abgeordneten Bötschel gesprengt wurde. Kögler kam gar nicht zum Wort, Herr Bötschel aber goß noch Öl in's Feuer, indem er von der Unverschämtheit und Frechheit sprach, mit welcher am selben Tage, wo die Kunde gekommen, daß ein Sozialdemokrat abermals die Nordwaffe auf den Kaiser gerichtet, diese Partei es wage u. c., so daß Kögler auf dem Wege zur Bahn von dem bis zur Maseri aufgeregten Trost verfolgt und aufs brutallste gemißhandelt wurde.

Dieser Vorgang kam uns wieder in Erinnerung, als wir jüngst folgenden Bericht zu lesen bekamen:

In Lübnitz bei Delitzsch sollte, wie die „Saale-Ztg.“ mittheilt, am 7. November der liberale Kandidat, Reichstagsabgeordneter Bötschel, sprechen. Den Saal des Lokals hatten lange vor Beginn des Vortrages mit Bier stark traktierte Ochsenknechte und einige Agrarier eingenommen, unter ihnen ein bekannter Antisemit, ein Pächter aus N. Als zur Wahl eines Vorstehenden geschritten werden sollte, bellte es durch den Saal: Antmann! Derselbe übernahm den Vortritt, brachte ein Hoch auf Se. Majestät und den Vordrath von Rauchhaupt aus, welches in wildes Geschrei ausartete, erklärte dann, daß hier, wo nur konservativ gewählt würde, wohl Niemand Herrn Bötschel hören wollte und — schloß die

Versammlung. Herr Bötschel rief Herrn B. zu, er sollte sich dieses Mandats schämen. Der Antmann, fieschraß im Gesicht, schimpfte auf das Kräftigste. Der Gendarm forderte ohne Erfolg zum Verlassen des Lokals auf. Alles umdrängte Herrn Bötschel mit Drohungen und Beschimpfungen, allen voran jener Pächter, Herr B. aus Delitzsch, der das Lokal gemiethet hatte, wollte vom Hausrecht Gebrauch machen, da schrie der Pächter: „Herr Botsch, Sie haben den Nichtkontrakt auf!“ Der Wirth that es und nun trat der Pächter an den Vorhangeschiff, schlug mit dem Stod darauf und schrie: „Liberale raus, Bier her, jetzt sind wir Herren des Lokals.“ Natürlich verließ Herr Bötschel mit seinen beiden Begleitern den Saal und ging in das untere Lokal, wohin ihm aber wieder sofort die ganze Gesellschaft folgte, so daß Herr Bötschel nur mit Noth auf die Straße kommen konnte.

Ob Herr Bötschel, als ihm die Ochsenknechte ihre Häute zeigten, sich nicht des 3. Juni 1878 erinnert hat? Wenn nicht, so wollen wir hiermit seinem Gedächtniß zu Hilfe kommen.

Liebknacht, der zweimal gewählt ist, (für Offenbach-Weiden und Mainz) hat das Mandat für Offenbach angenommen. Die Majorität war dort zwar eine weit größere als im Mainzer Kreis, und nach den gewöhnlichen Regeln der Parteistatistik hätte sonach das Mandat für Mainz angenommen werden sollen, allein, wie sich nachträglich herausstellte, hatte das Offenbacher Wahlkomitee im Namen Liebknacht's Erklärungen abgegeben, durch welche dieser sich gebunden fühlte, obgleich er sie nicht antwortet hatte. In Mainz wird nun Weiser als Kandidat auftreten. Die Aussichten sind günstig, und wir haben allen Grund, eine noch größere Majorität zu erwarten, als der 5. November uns gebracht hat.

Aus Hamburg wird uns geschrieben, daß nicht nur Hartmann und den Gebrüdern Kapell, sondern auch Bötschel (unsern Kandidaten im 3. Hamburger Wahlkreise), Felsö, Weidemann, Hilsmann u. A. die Rückkehr nach Hamburg gestatten worden sei, und zwar siehe es bei Einigen fest, daß sie keinerlei Schritte zur Erlangung dieser Erlaubniß unternommen hätten.

Was diese „wunderbare Wendung“ in dem Verhalten des Hamburger Senates herbeigeführt hat, ist nicht ohne Weiteres ersichtlich. Der Ausschall der Reichstagswahlen war zwar ein herber Schlag für die Herren Patrioten, aber darauf mußten sie doch einigermaßen vorbereitet sein. Eher ist die Annahme berechtigt, daß die Herren vielleicht in nächster Zeit der Unterstützung der gesamten Bevölkerung Hamburgs bedürfen zu müssen glauben, und daß die in den verschiedenen Arbeiterversammlungen gehaltenen Aeußerungen ihnen die Augen darüber geöffnet haben, welchen Beschleiß sie begingen, als sie die Sozialisten opferten, um Bismarck's Sympathie zu gewinnen. Wie dem auch sei, soviel steht einmal fest, daß die Sozialdemokratie in Deutschland heute eine Macht ist, mit der jeder Politiker ernsthaft zu rechnen hat. Man haßt uns, man verfolgt uns, aber man respektirt uns, und das danken wir allein der Geschlossenheit unserer Partei, der den Anarchisten so sehr verhassten Parteidisziplin.

In Würzburg ist der daselbst von den vereinigten Demokraten und Sozialdemokraten aufgestellte Seifenfabrik Köhl in der Stichwahl gegen den Kandidaten der Ultramontanen, Freiherrn von Z. Rhein durchgedrungen, trotzdem die Letzteren Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt hatten, den Wahlkreis ihrer Partei zu erhalten. Köhl wird uns selbst von Leuten, welche mit dem Kompromiß nicht einverstanden waren, als ein durchaus achtbarer, charakterfester und energischer Demokrat geschüdt, was schon daraus hervorgeht, daß bei der Hauptwahl ihm von „Freiherrn“ Seite der Fortschrittler Albert Träger gegenübergestellt worden war.

Schwabenfreiche. In Stuttgart wurden zwei Genossen, welche einer konservativen Parteiversammlung ohne Erlaubniß beigewohnt hatten, wegen Hausfriedensbruch zu 18 Tagen Gefängniß verurtheilt, obwohl sie sich in der betreffenden Versammlung ganz ruhig verhalten hatten.

Frankreich. In dem weiteren Verlaufe des Kongresses der Arbeiterpartei kam auch die Frage des Wahlprogramms derselben zur Verhandlung, welches von mehreren Rednern als der Verbesserung bedürftig bezeichnet wurde. Unter voller Aufrechterhaltung der historischen und konstanten Grundlagen des Programms erklärte der Kongreß, daß dasselbe in gewissen Punkten Abänderung erheische, nahm aber diese Abänderung noch nicht selbst vor, sondern empfahl den Mitgliedschaften, die Frage bis zum nächsten Kongreß noch einmal reichlich zu diskutieren.

In Bezug auf das Parteikomitee wurde beschlossen, daß dasselbe vorläufig in Paris seinen Sitz nehmen, und daß jeder Regionalverband durch fünf jederzeit absetzbare Delegirte in demselben vertreten sein solle. Das macht also bei fünf Regionalverbänden die faktische Zahl von fünfundsiebenzig Vorstandsmitgliedern. Das ist ein Luxus, von dessen Zweckmäßigkeit wir nicht überzeugt sind, und von dem man wohl bald gewarnt sein wird, Abstand zu nehmen. Als offizielles Parteiorgan wurde, wie schon gemeldet der Pariser „Proletaire“ anerkannt. Als Ort des nächsten Kongresses wurde St. Etienne bestimmt.

Vom Schlachtfelde des wirtschaftlichen Klassenkampfes werden fast täglich neue Streiks gemeldet. In den meisten derselben wird mit Recht von Seiten der Arbeiter das Hauptgewicht auf die Herabsetzung der Arbeitszeit gelegt. Die Bourgeoisrepublik beweist ihre Arbeiterfreundlichkeit dadurch, daß sie, wo es nur angeht, die Arbeiter durch Aufbietung der Militärgewalt einschüchtern sucht, womit sie aber erfreulicherweise selten Glück hat.

Ueber die Intriguen, die sich in den oberen Regionen abspielen, ein andermal.

Polen. Die auf den 30. Oktober nach Lemberg einberufene allgemeine galizische Arbeiter-Versammlung ist von der Statthalterei verboten worden. Die Aufregung unter den Arbeitern Galiziens über dieses Verbot ist groß, und wenn der weise Statthalter geglaubt hat, der Ausbreitung des Sozialismus durch dasselbe entgegen zu wirken, so hat er sich bitter getäuscht.

Seit fast zwei Monaten sitzen nun unsere in der Provinz Posen verhafteten Genossen und noch immer hört man nichts von ihrem Prozeß. Wie der „Pecurateur“ in Genf erfährt, beklagen sich die Verhafteten bitter über die Unterdrückungsrichter, welche sie schlechter behandeln als die galizischen und russischen Richter. Wie Zuchthäuser müssen sich die Untersuchungsgefangenen der strengsten militärischen Disziplin unterwerfen! Wenn sie auf gewisse Fragen Antwort verweigern, so werden sie wegen Widersechtheit bestraft.

Legteres scheint fast unglücklich, doch wäre es nicht das erste Mal, daß preussische Richter Ausländern gegenüber ihre Vorschriften überschreiten. Von den im Jahre 1878 in Berlin verhafteten Russen wurde uns das Bestimmteste erzählt, daß sich der verächtliche Polizeikommissar Krüger und der Herr Holmann ihnen gegenüber in einer Weise benommen hätten, die aller Beschreibung spottet. Leute, gegen die nicht das geringste Beweismittel vorlag und die dann auch später freigelassen werden mußten, wurden wie Zuchthäuser angeknien: „Nach Sibirien wird man Euch schicken! u. c.“, so daß sogar — Herr Tesendorf empört war. Ja, es gibt noch Richter in Berlin!

Aus Rußland. Der Marineoffizier Suchanow, welcher den zu dem Attentat auf Alexander II. verwendeten Dynamit heimlich aus dem Depot der kaiserlichen Marine gegeben haben soll, ist vor Kurzem in Petersburg hinter verschlossenen Thüren ermordet worden. Beschuldigend steht die „Nord. Allgemeine“ hinzu, es sei dies die erste Hinrichtung, welche in Rußland im geschlossenen Raume stattfand! Die Erste! Und die Tausende und Abertausende, welche in den Bergwerken Sibiriens und in den Zentralgefängnissen hingerichtet worden sind und

nach hingemordet werden? Nein, Suchanoff ist der Erste, der offiziell auf diese Art im Stillen abgethan wurde, die Abthürer hinter verschlossenen Thüren aber ist in Russland von jeher an der Tagesordnung. Eine neue Nummer der „Karobaja Wosja“ ist erschienen, Nr. 6. Unter Anderem veröffentlicht sie folgende Erklärung:

„Vom Exekutivkomitee. Nachdem wir dem amerikanischen Volke unser tiefes Mitgefühl über den Tod seines Präsidenten Garfield ausdrücken, halten wir es für unsere Pflicht, im Namen der russischen Revolutionäre gegen Gewaltthätigkeiten wie die Garfield's zu protestiren. In dem Lande, in welchem die persönliche Freiheit die Möglichkeit eines ehrlichen Kampfes der Ideen gestattet und in welchem der freie Willen des Volkes nicht allein die Gesetze schafft, sondern sogar die Person des Regierenden bestimmt, in solch einem Lande ist der politische Mord als Kampfmittel eine Erscheinung desselben Despotismus, dessen Ausrottung in Russland wir uns zur Aufgabe gestellt haben. Despotismus einer einzelnen Person oder Despotismus einer Partei — beide sind gleich verwerflich, und Gewaltthätigkeit ist nur dann gerechtfertigt, wenn sie sich gegen Gewaltthätigkeit richtet. Das Exekutiv-Komitee am 10/22. September.“

Das ist eine würdige Antwort auf das Geschimpfe jener erbärmlichen Schreibfesseln, welche die Entrüstung des amerikanischen Volkes über das Attentat Garfield's benutzten, einen Hartmann mit dem verkommenen Glaskorridor auf eine Stufe zu stellen, um seine Auslieferung an Russland zu bewirken.

Wiederum ist eine „große Kommission“ eingesetzt worden, um eine vollständige Neuorganisation der Verwaltung auszuarbeiten. Die wievielte Kommission das jetzt ist, die Russland vor der Versumpfung retten soll, das mag der Teufel wissen, wir wissen es nicht. Ein Gutes ist übrigens doch dabei, nämlich die Thatsache, daß die ganze offizielle Preßmenge Alles das für durch und durch unzeitgemäß, abgelebt und verfaulen erklärt, was bis vor kurzem als „jedem echten Russen heilig und unantastbar“ hingestellt hat. Das ist zwar wenig, aber es ist immerhin etwas.

Der Ausfall der Wahlen in Deutschland hat die Bewunderung Alexander's III. für den großen Sozialisten Otto von Bismarck merklich herabgemindert. „Mit dem „Kleinen“ ist es also nichts!“ soll er wehmüthig ausgeprochen haben.

Parteienossen! Vergeßt der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Korrespondenzen.

— **Meerane**, im November. Der letzte Wahlkreis der Sozialdemokratie, Glanau-Meerane, ist in die Hände der Gegner gefallen. Mit etwas über 7000 Stimmen schlug der politisch vollständig unbedeutende, nur durch einen leichten Reichthum sich auszeichnende Fabrikant und Nittergutsbesitzer Leuchner unseren bisherigen Vertreter, Genossen Auer, aus dem Felde. Mit Verwunderung und Bedauern haben die Genossen dieses Resultat gewiß überall vernommen, und unsere Pflicht ist es, denselben die Gründe vorzuführen, die es möglich machten, daß der sicherste Kreis der Partei derselben verloren ging.

Der „Sozialdemokrat“ hat die Vermuthung ausgesprochen, daß die Niederlage durch Optimismus und große Siegeszuversicht unsererseits, verursacht sei. Das Gegentheil ist richtig. Durch die seit Jahren in dem Kreise nun schon andauernde, in Folge von Arbeitslosigkeit herbeigeführte Hungersnoth, ist der Muth der Arbeiter gebrochen, die Mittel aber, die Leute von dieser pessimistischen Auffassung der Dinge zu färrern, fehlten uns. Versammlungen wurden verboten, das von uns verbreitete Flugblatt durch Schandarmen und Gemeinbediener wieder aus den Stuben abgeholt, die Verbreiter aber, soweit man deren habhaft werden konnte, verhaftet und, Geis und Recht zum Hohne, mehrere Tage in's Gefängnis gesteckt.

Unsern Kandidaten Auer, welcher die letzten acht Tage vor der Wahl sich im Kreise aufhielt, folgte die ganze Zeit auf Schritt und Tritt die Polizei und Schandarmen. Der Brigadier von Erstthal, gegen den augenblicklich eine Untersuchung wegen Ehebruch schwebt und der infolgedessen vom öffentlichen Dienst suspendirt ist, war dazu kommandirt, Auer im Juvil zu observiren, und so hatte denn unser Kandidat das Vergnügen, diesen sauberen Verleumdung der Ehe und der Familie stets in einer Entfernung von 20–30 Schritt hinter sich zu haben. Sobald aber Auer das Reichthum einer Stadt oder eines Dorfes betrat, gefolgte sich in dem Herrn Brigadier die gesamte Polizei des Ortes oder der Stadt, so daß wir während der Wahlkampferiode nicht selten das Vergnügen hatten, Auer mit auf dem Rücken gekreuzten Händen langsam durch die Straßen unserer Städtchen marschiren zu sehen, hinter ihm herabziehend aber den ganzen Heerhaufen unserer Polizei. Ein Glanauer Blatt erzählte aus diesem Anlaß, daß Auer — das Blatt nannte den Namen nicht, sondern begnügte sich mit der Redewendung: „ein fremder Herr“ — bei solchen Anlässen stets ein Stül Würstchen in der Hand trug, und daß dieses das Lödmittel war, dem die „Verlappten“ auf Schritt und Tritt folgten. Diese Noth, sowie ein paar Anekdoten, welche das Blatt brachte und in denen nicht etwa nur Wahl Auer's aufgeführt wurde, sondern worin die Einsender nur verlangten, daß der Kandidat der Ordnungspartei sein Programm in öffentlicher Versammlung darlege, genigten, daß der Verleger des Blattes vor die Polizei jirt und ihm eröffnet wurde, daß wenn er noch das Geringste in seinem Blatte bringe, was als eine Theilnahme für Auer gelten könne, das Blatt unterdrückt würde. Natürlich hatte die Drohung ihren Erfolg.

Neben diesem Terrorismus, der gegen Alles, was einer Unterstützung der Wahl Auer's ähnlich sah, angewandt wurde, lief eine zwar stille, aber um so intensivere Thätigkeit des gesamten Verwaltungsapparates für die Wahl Leuchner's. Durch Zirkulare wurden seitens des Amtshauptmanns die Gemeindevorstände zusammenberufen und erhielten die nöthigen Aufträge, wie sie die Agitation zu betreiben hätten. So kam es denn, daß am Tage vor der Wahl die gegnerischen Stimmzettel von den Gemeindevorstehern im „Auftrage des Herrn Amtshauptmanns“ ausgetheilt wurden. Etwa vier Wochen vor der Wahl äußerte ein Glanauer Fabrikant in Bezug auf die Wahl: „Nun, der Herr Amtshauptmann wird dieses Mal seinen Apparat spielen lassen.“ Der Mann hatte Recht; was an amtlicher Beeinflussung und Terrorismus uns gegenüber zu leisten möglich war, das ist geschehen.

Trotzdem wäre der Sieg uns angefallen, wenn der demokratisch und sozialistisch gefonnene Theil der Wähler nur seine Pflicht erfüllt hätte und an die Wahlurne geschritten wäre. Ein Vergleich der Stimmengahl zwischen der vorjährigen Wahl, wo Auer zum ersten Male aufgestellt war und dem jetzigen Wahleresultat zeigt dies. Damals erhielten in runden Ziffern Auer 8200 und sein Gegner 7200 Stimmen. Dieses Mal aber fielen auf Auer 6800 und auf Leuchner 7900 Stimmen. Die Zahl der Gegner hat sich also in nennenswerther Weise durchaus nicht vermehrt, unsere Niederlage verschulden wir nur der Durchlosigkeit unserer Kämpfer, die sie bestimmte, von der Wahlurne ferne zu bleiben.

Daß trotz der diegemaligen Niederlage der Wahlkreis nicht für alle Zeiten verloren ist, darüber können unsere auswärtigen Genossen beruhigt sein; wäre die Wahl heute, wir würden mit großer Majorität siegen. Der Ausgang des Wahlkampfes am 27. Oktober hat die Säunigen aufgeschreckt und auch in denen, welche glaubten, auf ihre Stimme komme es nicht an, das Bewußtsein der Pflichtverletzung wachgerufen.

Von den einzelnen Orten wählten Meerane und der Wilsengrund wieder sehr glänzend für uns, dagegen brachte uns Glanau diesmal eine Minorität von 300 Stimmen. Herr Leuchner, der in Glanau die größte Fabrik besitzt und durch schamlose Ausbeutung der Arbeiter und durch Betrügereien aller Art bei Herstellung der Waaren es zum Millionär gebracht hat, schickt heute einer Anzahl von Bedenken, die sich für das Leuchner'sche Geschäft in Krillpenn gearbeitet haben, jährlich ein paar Mark. Ans Dankbarkeit dafür haben diese „Pensionäre“ in ihren Kreisen auf das Eifrigste für Leuchner gewirkt. Die armen Teufel sürsteten, wenn Leuchner unterließe, würde er ihnen die Gnadenbrocken entziehen.

Wir gedenken einen Wahlprotest einzureichen und wollen uns dabei hauptsächlich darauf stützen, daß einer großen Anzahl von Wählern, nach unserer Auffassung mit Unrecht, das Stimmrecht entzogen ist. In Folge der seit Jahren andauernden Krisis sind eine große Zahl der Wähler, besonders solche mit harter Familie, mit ihrem Schulgeld und theilweise auch mit den Gemeindegeldern im Wüthande geblieben. Diese rückständigen Abgaben haben nun die Gemeindevorstellungen den Armen-laffen überwiesen und die Summe den betr. Schuldner als — Armen-unterstützung angerechnet. Auf diese Weise sind hunderte unserer Wähler um ihr Stimmrecht gekommen.

Daß der Protest im Reichstag einen Erfolg haben wird, glauben wir zwar nicht, denn wir kennen den Schwindel, der bei den Wahlprüfungen getrieben wird, aber der Protest soll ein Beitrag werden zu dem reichen Material, das unseren Abgeordneten im Reichstag zur Verfügung steht, um die Niedertracht und Injasmie unserer politischen Gegner nach der mit ihnen verbundenen Bureaukratie ins rechte Licht zu stellen. Im Uebrigen aber werden wir unsere Kräfte sammeln und dafür Sorge tragen, daß am Abend des nächsten Wahltages der electrische Funke den Genossen die altgewohnte Botschaft wieder bringen kann: Sieg im 17. sächsischen Wahlkreis.

— **Marburg**, 5. November. Der Wahltag ist vorüber, die Schlacht ist geschlagen, und ich halte es daher für meine Pflicht, das Resultat der Wahl und die Art unserer Thätigkeit im Parteiorgan zu berichten. Ich muß zu diesem Zweck etwas zurückgehen. Also, es war in diesem Sommer, als in einer schönen mond hellen Nacht das Flugblatt „Die Herrschaft der Verbrecher“ hier verbreitet wurde, und zwar so, daß Niemand Grund zur Klage hatte: jedes Haus war versehen, in der ganzen Umgebung, eine halbe Stunde weit, waren alle nach Marburg einlaufenden Straßen und Gassen geradezu überschwemmt, alle Räume waren ausgefüllt, ja es sah bald aus, als ob Fran Holle ihr Bett ausgefüllt hätte. Auch der Herr Landrath war nicht vergessen worden: die Säulen am Eingangsportal seines Hauses waren geschmackvoll ausgesteiert. Wer beschrieb aber das Gesehen und die Verwunderung, als die Besprechung fund ward. Natürlich mußte nun die heilige Hermandad alle Hebel in Bewegung setzen, um die frechen Banditen, wie sich ein hiesiger Wochenschriftler ausdrückte, zu entdecken. Alle Spitzeln wurden aufgeboden, jedoch vergebens.

Endlich, nach Verlauf von acht Wochen, fand man es für angemessen, bei zwei Genossen, Tuchmacher Schüringer und Töpfer Klein, auf Befehl des Herrn Landraths Hausdurchsuchungen vorzunehmen, die indeß total fruchtlos waren. Doch damit noch nicht genug, 14 Tage darnach wurden obengenannte Genossen vor das hiesige Amtsgericht geladen und verhört, aber die Kerle wollten nichts belennen und die Sache mußte ad acta gelegt werden. Nachdem nun von da ab unser erzdummer Polizeileiter und Landrath, der übrigens schon aus der Frennankst entstrungen sein soll, sämtliche ihm bekannte Genossen durch seine Polizeifrauten auf Schritt und Tritt hatte überwachen lassen, mußte denselben nochmals das Unglück passiren, daß zwei Tage vor der Wahl in Marburg und Umgebung in nächstlicher Stille ein weiteres Flugblatt verbreitet wurde, in welchem unsere jaulen Ruffhände klargestellt und am Schluß die Wahl Bebel's empfohlen wurde. Darob wiederum großes Gesehe bei allen Spitzel- und Wochenschriftlern über die unverschämte Frechheit der Umsturzer.

Unsere heilige Hermandad aber, die nur Handwerksburschen beim Betteln abspähen weiß — ganz besonders zeichnet sich dabei der Polizeischuft Schürich aus — und ihre rothgebrannten Schnapsnasen in alle Ecken steck, hatte auch diesmal das Pech, nicht die geringste Spur der Ruffhänder aufzufahren, daher auch die schon längst erhoffte Knopflochverjüngung des Polizeiberichtes noch lange auf sich warten lassen wird.

Genug davon, und nun in Kürze noch das Wahleresultat. Gewöhnlich wurde der konservative Professor Dr. Arnold dahier. Auf unsern Kandidaten ergielten wir 159 Stimmen. Wenn die Zahl der Genossen hier gegenwärtig auch noch klein ist, so können wir doch mit dem Resultate zufrieden sein, wir haben einen ganz hübschen Erfolg errungen, da sich diese 159 Stimmen bloß auf Marburg und die nächsten Ortschaften theilten, während wir vor drei Jahren aus dem ganzen Wahlkreis nur 152 Stimmen erhielten. Da es uns indeß diesmal vollständig an agitatorischen Kräften, sowie an finanziellen Mitteln fehlte, so war es uns auch unmöglich, den Wahlkreis wie in früheren Weise zu bearbeiten. An einen Sieg unsererseits ist hier vorläufig noch nicht zu denken, wir stützen uns aber trotzdem veranlaßt, dem Beschlusse des Wäner Kongresses Folge zu leisten. Der konservative Schnapsläufer Arnold, ein würdiger Genosse des Schnapsbrenners Bismarck, verbandt seinen Sieg den vereinigten Bestrebungen der Landräthe, Bürgermeister, Pfaffen, Schandarmen und ähnlichem Weltlicher.

An Wahlbeeinflussungen scheinlichster Art fehlte es nicht. Landräthe und Schandarmen, wie schon erwähnt, suchten sämtliche Dörfer zu haranguiren, Pfaffen benutzten Kanzel und Reichthum, um die Sozialdemokratie zu beschimpfen, den Arbeitern, welche sich in der elendesten Lage befinden, wurde mit dem Hungertuche, welches ja, wie bekannt, ein probates Mittel ist, gebracht u. s. w. Welchen Begriff die verschiedenen Wahlkommissäre und Bürgermeister in den kleineren Ortschaften von dem Wahlgeseh und Wahlgeregelt haben, dafür mögen folgende Bröckchen dienen: In dem benachbarten Dorfe Wehrda kam ein Wähler Bebel's in das Wahllokal, welches sich im Hause des Bürgermeisters befand. Es war dafelbst Niemand anwesend, als die alte, halb erblindete Mutter des Bürgermeisters, die Wahlurne war somit vollständig preisgegeben.

In dem Dorfe Kappel dagegen, wo gleichfalls ein Wähler für Bebel zu stimmen entschlossen war, war zwar der Bürgermeister nebst Pfaffen anwesend, als aber der Wähler seinen Stimmzettel dem Bürgermeister eingehändigt hatte, entsetzte dieser denselben mit der größten Frechheit und gab ihn geöffnet dem Pfaffen. Von Seiten des Wählers wurde natürlich sofort Beschwerde erhoben. Der Wochenschriftler von Bürgermeister aber erlaubte sich obendrein noch die größten Verleumdungen.

Nügen nun die Genossen daraus erkennen, wie man in Deutschland die Wahlgesehe von Seiten der Beamten handhabt. Es mögen noch eine Anzahl deraartiger Fälle vorgekommen sein, besonders in den katholischen Dörfern. Für die Wahrheit der beiden oben angeführten Fälle kann sich Unterzeichneter verbürgen, auch haben sich die zwei Wähler bereit erklärt, die angeführten Thatsachen eülich zu erklären.

Mit sozialdemokratischem Gruß!
Der Reichs-Lhn.

— **Kopenhagen**, 5. November. William Fleuron, wie er wirklich heißt, hat ein gleiches Schicksal wie Woch in tragen gehabt. In „Der Blatt“ Herolden, dessen Redaktion er nach dem Tode von Fritz übernommen hatte, verlebte er Mitte März ein zweites aber unbühtiges Attentat auf Alexander II., mit Seitenstieben aus den „Goldengreis“ und seinen großen Kanonen. Die russische und deutsche Gesandtschaft stellten infolgedessen Strafantrag gegen ihn, welcher nach halbjähriger Untersuchungslast mit „sechs mal fünf Tage Wasser und Brod“ endigte. Diese Strafe wird einem Jahr Zuchthaus gleich gerechnet und besteht darin, daß der Gefangene jedesmal fünf Tage hinter einander nur Wasser und Brod, die dann folgenden fünf Tage aber einfache Gefangenenskost erhält, die er sich unter Umständen auf eigene Kosten verbessern kann. Jetzt hat Fleuron seine Strafe verbüßt und tritt in Versammlungen in seiner früheren Weise wieder auf. Doch scheint ihm das Geschäft nicht lukrativ zu sein, so daß schon verlautet, er wolle seine Vaterstadt wieder verlassen und sich einen andern Wirkungskreis suchen.

Der Schiffszimmererstreik, der beim Abgang meines letzten Berichts noch in vollem Gang war, ist durch Organisation und Einigkeit glänzend gewonnen worden. Die Person, welche ihn verursacht hatte, Ole Hansen, ging „freiwillig“ ab, und nun waren die Arbeiter bereit, die Arbeit wieder zu beginnen und es war klug von der Direktion, daß sie dem „Wunke“ dertelben „bereitswillig“ entgegen kam, denn die suchbaren Stürme, welche bald darauf rasken, hätten die Arbeit von hier weg nach Kalm, Helsingör u. s. w. geführt, was ein empfindlicher Schaden für die „armen“ Aktionäre gewesen wäre.

Die politische Thätigkeit der hiesigen Partei ist jetzt auf die Errichtung von sozialdemokratischen Wahlvereinen in der Hauptstadt gerichtet. Später sollen die Provinzen auf die Reihe kommen. Wenn die Erwartungen Randher auch nicht sogleich in Erfüllung gehen, so ist doch ein Anfang gemacht, eine einheitliche Organisation zu schaffen und Klarheit in die Massen zu tragen. Die nächsten Wahlen werden zeigen, ob es auf diesem Wege gelingen wird, den Indifferentismus der Wähler zu brechen und neue Kräfte in den gesetzgebenden Reichstag zu bringen.
Jörgen Gaardmand.

Letzte Nachricht.

Der kleine Belagerungsstand über Berlin ist vom Bundesrath auf Ansuchen der preussischen Regierung auf ein weiteres Jahr verlängert worden. Der beste Beweis, wie ernst es den Auftraggebern der Herren Blüher und Konforten mit ihrer Versöhnungspolitik ist. Die Arbeiter sollen zu Preuze kriechen, zu allem Hundes Ja und Ja sagen, dann wird man sie in Gnaden aufsuchen. Das ist Bismarck'sche Versöhnlichkeit! Wer lach hat, mag darauf andringen.

Am 12. November.

(Aus dem Offenburger „Volksfreund“.)

Zu Berlin am zweiten Martinitag,
Was war da ein heftiges Ringen!
Schwer wiegt die Entscheidung. Die Lösung lag:
„Die Träger, die Bebel!“ — Es dringen
Nur jene die ringenden Schaa ren
Der Bourgeois und Proletaren.

Und wie so Alle gahnd, gesehn
Nach einem Ziele sich drängen,
Da mischt sich mitterfeinlein
Ein Kind in die wandernden Reugen,
Ein neunjährig Mädchen, die Wang' gebleicht
Vom Hunger, das Auge, das hohle,
Vom Darden, vom bitteren Fleid zeigt. —
Das Händchen trägt eine Kofle,
Und damit an des Palastes Wand
„Wählt Bebel!“ freiget der ärmliche Fant
Bedächtigt mit kräftigen Zügen.

Der Schugmann erschaut's; entbrennt vor Wuth
Ob des Frevels der zitternden Kleinen:
„Wer bist Du, Sozialistenbrut?“
„Man nennt mich Kleschen, bin krank und arm,“
Erwidert das Kind ohne Weinen. —
Und weiter examiniert der Geadarm:
„Wer ist Dein Vater, was sein Beruf?“
Erst muftert die Kleine den Kleinen:
„Erfahre es, wer dieses Fieid schuf:
„Mein Vater ist — aus gewies!“

Zu Berlin am jenem Tage der Schlacht
Wohl zwanzigtausend haben bedacht
Des Kindes Mahnung: „Wählt Bebel!“

A. G.

Briefkasten

der Redaktion: An unsere Leser: Wiederum mußten wegen Raumangels mehrere Einsendungen, sowie ein Theil der Rundschau zurückgelegt werden. — J. in B.: Warum der „Sozialdemokrat“ nicht mehr belehrende Artikel bringt? Lieber Freund, Niemand bedauert das mehr als wir, aber inter arma silent artes. Lassen Sie den Wahlkampf erst vorüber sein, so wird auch Ihr Wunsch in Erfüllung gehen. Uebrigens, meinen Sie nicht auch, daß die Präjurierung unserer Stellung zu den politischen Kämpfen der Zeit für das Parteiorgan heute die Hauptsache ist? — Warnender Freund: Ihre Furcht ist unbegründet, wir werden nicht antworten.

der Expedition: Roberten: Fr. 2.— Ab. 4. Cu. i. d. S. erh. u. Fr. 5.— pr. Wd. — E. B. Hg. M. 3.— Ab. 4. Cu. erh. Nachfr. mit 47 fort. — E. B. Hg. M. 3.— Ab. 4. Cu. erh. M. 3. Alles landen. — J. al. D.: M. 3.— Ab. 4. Cu. erh. Scheint so, deshalb gilt 47. — Rast: M. 80.— à Cto. gutgeh. — J. St. Hg.: d. fl. 1.85 Ab. 4. Cu. u. Scht. erh. Wird stets gewechselt. — J. B. R.: M. 2.— Ab. 4. Cu. u. Dg. erh. Nachfr. mit 47. — E. B. Hg.: M. 4.10 für Ab. 4. Cu. u. Ptoige. erh. 46 war schon fort. Der Andere nunmehr gelöst. — Paterlesbou: Fr. 3.— nach Vorschr. verwendet. — J. H. H.: Ro. ist abgelandert. — Antwerpen: Krieg. bewirkt. Empfäng. verr. O. abgez. am 17./11. nach St. — J. H. Hg. P. London, S. S. P., Rettigbruder i. Du., Columbus: Diefem Straßportoguintett sei unser „Achtung“ am Kopie des Bl. besonders auf die Nase gebunden! — o Du.: Gewünscht am 16. abgez. Nur nicht „zu hart aufgetragen!“ — W. B. London: Fr. 50.40 à Cto. erh. — Serlow: M. 5.— erh. und für Ab. u. Rou. 15.81 — Febr. 15.82 für M. benötigt. M. 2.— i. d. Kgd. — Louis Wgr. R. — J. Fr. 51.80 à Cto. Klüßig erh. Bfl. mehr! — Rob. Jästin Lawrence: Fr. 20.— über Schaffh. erh. u. dahin quittirt. — Ferd. Bloch: Fr. 92.50 à Cto. erh. ebenso Bf. v. 18/11. — Tithimel —: Bf. v. 17/11. hier. Der Bg. Ege — gel mag endlich vom Geisse der Klarheit erfüllt werden! — Binecius: Wahlgel. haben wir dem Betreff. nicht geliefert. Gewünscht folgt. — Ferd.: Bf. v. 17. erh. Alles beachtet. — Ganten: Vitten künftigh bei Nefam. deutlicher. Sie schreiben in der Mehrzahl! — Frbg.: M. 8.— à Cto. mit Bal. verrechnet. — Rothbart: Fr. 49.13 à Cto. erh. — Schrm. Befang.: Fr. 3.75 Ab. pr. 4 1/2, M. — Ende März 82 erh. — Feldhüter: Abrechnung. erh. u. M. 3.— i. Ab. 3. Cu. H. gutgebracht. Schutber noch 4. Quart. Alles vorgemerkt. — An die Genossen in Rem-Jork: Ist Peter Kauer todt oder will er mit Schiller fangen: „Unser Schuld buch sei vernichtet!“ — ? — Kallauer Hamburg: Die Zuchthausliteratur „Bambum“ enthält noch eine Klde: Jeder von den „Hallenken“ hat nemlich auch noch ein Duzend silberne Vöfel verschluckt, die er — nicht mehr herausgeben will! — Bleiben wir bei der Sorte. —

Verlag des „Sozialdemokrat“

(A. Herter, Rastnstraße 3, Döttingen-Büch.)

In unserem Verlage ist erschienen und durch uns sowie durch die Volksbuchhandlung in Döttingen zu beziehen:

Programmbroschüre

(Was die Sozialdemokraten sind u. was sie wollen).
1 1/2 Bogen 8° groß.

Preis per Einzeleremplar: 10 Cts. für die Schweiz
10 Pfg. „ Deutschland
gegen Baarvoranzahlung unter Beilage des Porto.
Bei größeren Partien entsprechender Rabatt.

Ferner:

Das Parteiprogramm.

(In Einzelausgabe — neueste Auflage.)

Preis per Exemplar: 1 Cent. für die Schweiz
1 Pfg. „ Deutschland

Das Porto ist der Baarvoranzahlung beizufügen.

Ferner empfehlen wir unser reichhaltiges Lager in unterhaltenden und belehrenden Schriften.

Kataloge werden gratis versandt.